

Zweite Gemeinsame Erklärung

*der unterzeichnenden
Mitglieder des Bundestages,
Mitglieder der Landtage Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen,
Landräte der Kreise Herford, Minden-Lübbecke und Schaumburg
sowie der unterzeichnenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister
der in den betroffenen Regionen beheimateten Städte und Gemeinden*

Treffen am 02.12.2024 zur ICE-Trasse zwischen Bielefeld und Hannover

- 1. Wir fordern einen sofortigen Planungsstopp der ICE Trasse zwischen Bielefeld und Hannover, solange die bisherigen Prämissen u.a. die Vorgabe von 31 Minuten zwischen Bielefeld und Hannover Grundlage der Planung sind.**
- 2. Wir fordern die für den bisherigen Ausbau geplanten Ressourcen insbesondere für den Ausbau und die Instandhaltung der Bestandsstrecken zu verwenden.**
- 3. Wir appellieren an alle betroffenen öffentlichen Stellen, die Ihnen obliegenden Verantwortlichkeiten zum Schutz von Umwelt, Natur und Landschaft mit Hilfe der Ihnen zur Verfügung stehenden planerischen und rechtlichen Instrumente gerecht zu werden, um möglichen Schaden durch den Bau der in Rede stehenden ICE-Trasse von Beginn an wirksam zu vermeiden. Die Einhaltung aller rechtlichen Anforderungen wie dem Vermeidungs- und Verminderungsgebot von Eingriffen in Natur und Landschaft zur Abwendung von diesen oder weiteren Umweltschäden ist kontinuierlich und konsequent umzusetzen.**
- 4. Zudem fordern wir die volkswirtschaftliche und verkehrliche Neubewertung des Deutschlandtaktes sowie die Neuberechnung der vorgesehenen Infrastrukturmaßnahmen anhand aktueller Zahlen, Daten und Fakten. Hierzu ist dringend eine neue Nutzen-Kosten-Analyse vorzunehmen, die den Regelungen der Bundeshaushaltsordnung zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit Rechnung trägt. Dabei sind die Gewichtung des Nutzens aus bloßer Reisezeitersparnis nach unten hin anzupassen und Parameter wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Serviceangebot stärker zu gewichten.**

Begründung:

Die DB InfraGO AG hat am 13.08.2024 überraschend und ohne Einbindung lokaler Akteurinnen und Akteure zwölf Varianten für einen überwiegenden Neubau einer Bahntrasse zwischen Bielefeld und Hannover vorgestellt. All diese Varianten sind mit gravierenden Einschnitten in unsere Lebensgrundlage verbunden.

Die Gleise werden durch dicht besiedelte Gebiete führen, was den Abriss von Wohngebäuden und Gewerbebetrieben nach sich ziehen wird. Neben der Zerstörung von hochwertigen Ackerflächen werden auch Heilquellen- und Naturschutzgebiete bedroht und unsere Landschaft und Innenstädte zerschnitten. Solange das Planungsverfahren läuft werden sich in den Bereichen der Plan-Trassen keine neuen Unternehmen mehr ansiedeln oder bestehende erweitern. Dies stellt einen erheblichen Standortnachteil der gesamten Region für viele Jahre dar.

Wenngleich auch wir uns für die Umsetzung der Verkehrswende aussprechen, sind wir davon überzeugt, dass das Projekt „Deutschlandtakt“ in der derzeitigen Form nicht zeitgemäß ist und die falschen Schwerpunkte setzt. Die Verringerung der Reisezeit allein wird nach unserer Auffassung jedenfalls nicht dazu führen, dass wahrnehmbar mehr Menschen auf die Bahn umsteigen werden. Vielmehr braucht es eine Stärkung des Nahverkehrs sowie die Instandsetzung, die Erhaltung und den Ausbau der bestehenden Bahninfrastruktur. Die

Verbesserung der Pünktlichkeit, der Zuverlässigkeit und des Serviceangebotes muss damit einhergehen.

Der Verzicht auf einen bestandsnahen Trassenausbau ignoriert die Bedürfnisse unserer Region und schließt nachhaltige und sozialverträgliche Lösungen aus.

Dabei ist die Umsetzung der Verkehrswende und damit das Erreichen der Klimaziele jetzt notwendig und nicht erst in Jahrzehnten.

Wir haben bislang stets eine Politik des konstruktiven Diskurses verfolgt. Unsere klare Erwartungshaltung an das Bundesverkehrsministerium und die Deutsche Bahn war, dass die Träger öffentlicher Belange frühzeitig in die Planungen eingebunden werden und die Vorfestlegung auf eine Fahrzeit von 31 Minuten und eine Höchstgeschwindigkeit von 300 km/h zwischen Bielefeld und Hannover entfällt. Hierzu wurden fundierte Vorschläge, unter anderem zum Ausbau der Bestandsstrecke, vorgelegt. Zu unserem Bedauern sind jedoch weder das Bundesverkehrsministerium noch die Deutsche Bahn auf unsere Forderungen eingegangen.

Dies betrachten wir als eine Politik gegen die Menschen in unseren betroffenen Regionen.